

**G**ewerkschaften, Industrieverbände, parteiübergreifend Ministerpräsidenten, die Grünen und die SPD (nicht der Bundeskanzler) fordern einen Industriestrompreis, also eine Deckelung des Strompreises, den große, energieintensiv produzierende Unternehmen zahlen müssen. Dahinter steht die Befürchtung, dass die Unternehmen sonst abwandern und in großem Umfang Jobs verloren gehen. Hohe Strompreise werden als Standortnachteil Deutschlands gesehen. Der Industriestrompreis soll zeitlich befristet sein, bis die (günstigen) erneuerbaren Energien hinreichend ausgebaut sind. Trotzdem ist diese teure Subvention nicht richtig: 1. Anreize, den Stromverbrauch zu senken, werden reduziert. 2. Ein bedeutender Anteil des

## Subvention ist keine Lösung

Der von vielen geforderte Industriestrompreis würde die falschen Anreize setzen.



ULRIKE NEYER

hohen Strompreises wird durch die politisch ja gewollt gestiegenen CO<sub>2</sub>-Preise bestimmt, und die besonders stark von dieser Politikmaßnahme betroffenen Unternehmen werden bereits über das auf europäischer Ebene abgestimmte Instrument der „Strompreiskompensation“ subventioniert. 3. Der Standortnachteil ist innerhalb Europas nicht stark ausgeprägt. Die deutschen Strompreise nehmen in Europa keineswegs eine Spitzenposition ein, sondern liegen im Mittelfeld. Anders sieht dies im außereuropäischen Vergleich aus. Es ist jedoch fraglich, ob dieser Standortnachteil zukünftig abgebaut werden kann. Es besteht dann die Gefahr einer Dauer-Subventionierung. 4. Der Industriestrompreis benachteiligt kleine und mittlere Unternehmen.

Natürlich muss für die Industrie die Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen gesichert sein. Der Industriestrompreis ist hier jedoch der falsche Weg. Überzeugender ist es, zunächst die Stromsteuer abzuschaffen und das Angebot zügig zu erhöhen. Der wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium bringt es auf den Punkt: Es ist besser, die finanziellen Mittel nicht in die Verwaltung des Mangels (Industriestrompreis) sondern in die Behebung des Mangels (Ausbau der Infrastruktur) zu stecken. Dem ist nur zuzustimmen.

.....  
Ulrike Neyer ist Professorin für monetäre Makroökonomik an der Universität Düsseldorf. Sie wechselt sich mit dem Wettbewerbsökonom Justus Haucap und dem Vermögensexperten Karsten Tripp ab.